

Arbeitskreis Verfassung und Justiz
Niederlassung Berlin



Vorgang:	Ihr Zeichen:	Sendung vom:	Unser Zeichen:	Datum:
Neujahrsbotschaft	neu		150103_01.01 BRD JUS	04.01.2015

In der Bundesrepublik ist der **Rechtsbankrott** offenkundig:

Rechtsbankrott ist das Unvermögen einer Rechtsordnung, den Rechtsunterworfenen Recht zu verschaffen. Eine Einrichtung, insbesondere eine Rechtseinrichtung offenbart beispielsweise Rechtsbankrott, wenn sie Lügner (z. B. als so genannte gesetzliche Richter an den Gerichten!) an die Spitze gelangen lässt, Schmierer zu Schriftführern macht, Betrüger zu Kassierern, Fälscher zu Protokollanten, Hochstapler zu Beisitzern und Erpresser zur Rechtsaufsicht. Eine Besserung verspricht unter solchen Umständen allein die vollständige Rückkehr zu allgemein anerkannten Werten (z.B. Wahrheit, Freiheit) und Rechtsgrundsätzen (z.B. pacta sunt servanda, Willkürverbot, Wettbewerb usw.).

(Köbler, Gerhard: Juristisches Wörterbuch; 15. Ausgabe, Verlag Vahlen, München, 2012)

Eine einfache Internetrecherche unter dem Stichwort „Rechtsbankrott“ ergibt, dass schon vielen Menschen, nur nicht die Nutznießer des Systems und durch dieses Bezahlte, die tatsächliche Rechtslage im derzeitigen Deutschland bekannt ist, Zitat Anfang:

In der Bundesrepublik in Deutschland herrschen aus juristischer Sicht chaotische Verhältnisse. Aus einem Staatsbürger ist Personal geworden. Als Verfassung muss immer noch ein Grundgesetz ohne Geltungsbereich erhalten, welches zugl. ohne rechtliche Bedeutung ist und die "Behörden" sind nur Geschäftsbetriebe und haben keine Beamte. Die politischen Parteien arbeiten ohne jede Legitimation auf der Grundlage des Privatrechts, genau wie Gemeinden, Landkreise, Richter, Staatsanwälte, Gerichtsvollzieher und die Polizei.

.....
Passend dazu die Aussage der OFD Hannover, die da lautet: „Wir haben unsere eigenen Gesetze“. Eine Gruppe von Leuten denkt sich Spielregeln aus, an die sich andere halten sollen, sie selbst aber nicht (normative Wissenschaft).

Wir können feststellen, dass die (sämtliche!) Institutionen des „Bundes“ verfassungsfeindlich gegen das deutsche Volk handeln. Das sind keine Verschwörungstheorien, sondern belegte Tatsachen zum Nachteil jedes einzelnen Bürgers in Deutschland.

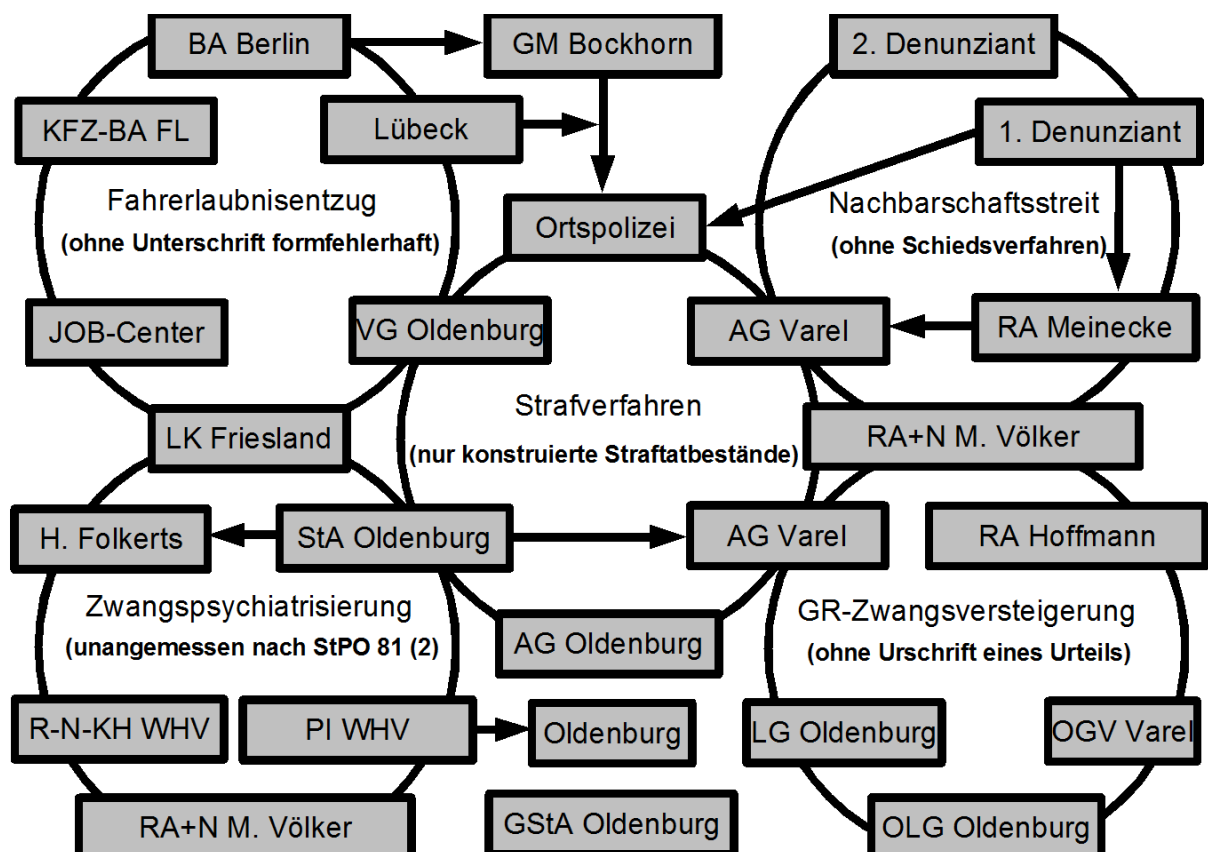
Zitat Ende!



Der Arbeitskreis für Verfassung und Justiz, die Erfassungsstelle für bundesrepublikanische Regierungskriminalität, Justizverbrechen und Amtmissbrauch sowie die tatsächlich völlig unabhängige Interims-Oberreichsanwaltschaft der Deutschen Exilregierung - in den Untergrund ausgewichen, aber weiterhin uneingeschränkt aktiv für das Deutsche Volk tätig – haben in verdeckter Ermittlung einen einzigartigen juristischen Präzedenzfall recherchiert.

Dieser zeigt, wie geschichtskundigen Deutschen, die älter als die Bundesrepublik sind, sämtliche Lebensbedingungen in sich überlappenden Kesseltreiben zerstört werden sollen, wenn sie die unhaltbaren rechtlichen Zustände im derzeitigen weiterhin besetzten Deutschland angesprochen haben.

Das nachfolgende Diagramm zeigt ein solches Kesseltreiben unter Weglassen weiterer Randtreiben wie zum Beispiel mit Hilfe der Schornsteinfeger, Müllabfuhr und Pfändung von Rentenansprüchen ohne rechtliche Grundlagen zum Zwecke einer immer unerträglicheren Unterdrückung durch die bundesrepublikanische Obrigkeit mit Hilfe insbesondere der Politik gegen hier eine einzelne Person:



Zahlreiche Ämter, Justizbehörden und beauftragte, bezahlte Systemlinge verweigern nach ZPO § 299 und StPO § 147 (7) sowie EU-Recht immer noch eine jedem Betroffenen zustehende Akteneinsicht, z. B. die StA Oldenburg, das AG Oldenburg, das OLG Oldenburg, das KFZ-Bundesamt in Flensburg und der heimlich beauftragten Psychiater Prof. Dr. Med. Here Folkerts, Wilhelmshaven!



Deutschland

Arbeitskreis Verfassung und Justiz → Koordinationszentrale



Dennoch konnten viele Akten bereits ausgewertet werden, die erschütternd zeigen, dass zahlreiche schwerkriminelle Rechtsbeuger in vielen bundesrepublikanischen Behörden unkontrolliert auf die Deutschen losgelassen werden, Zitat zum Art. 133 der www.Verfassungsinitiative.com !

Bundesrepublik bereitet sich mit groben Gerichtsaktenfälschungen auf den Ausnahmezustand vor



Rechtbegehrende erhalten in der BRD seit ca. 1990 keine von "Rechtspflegern" und Richtern als Ersatzadel unterschriebene Urteile und Beschlüsse mehr, sondern nur scheinbeglaubigte Ausfertigungen von **"Justizbeschäftigten"**. Die geben im Verstoß gegen das Beurkundungsgesetz den Vornamen niemals an und unterzeichnen häufig paraphierend ungültig. Oder sie unterschreiben unleserlich ohne Wiedergabe ihres Namens in Maschinenschrift! Nach bundesrepublikanischem Recht müssen die Gerichtsakten sowohl die Entwürfe von Urteilen als auch die vom Richter rechtskräftig unterzeichneten Urschriften führen, *BGH XII ZB 132/09 vom 09. Juni 2010*.

Feudalismus pur: LG Aurich und Nds. Oberfinanzdirektion

Nur von diesen Urschriften dürften überhaupt vollstreckbare Ausfertigungen angefertigt werden, mit denen die Kostenbeamten, Gerichtsvollzieher und andere Vollstreckungsämter auf Veranlassung sogar einer Terrorrechtsprechung durch Scheinrichter die Bürger dann verfolgen könnten.

Umfangreiche verdeckte Ermittlungen haben ergeben, dass bereits in mehreren Bundesländern keine Urschriften in den Verfahrensakten mehr existieren, bzw. nie Bestandteil der Akten waren, so zum Beispiel auch am LG Oldenburg unter dem Aktenzeichen 4 O 2268/13.

Der Präsident des LG Oldenburg Schubert hat sich lügnerisch wie folgt eingelassen: *Aus Gründen der "Aufbewahrungspflicht für Original-Titel" werden diese zunächst in der Akte und nach Beendigung und Weglegen des Verfahrens in speziellen Sammelordnern aufbewahrt, um damit der Vernichtung zu entgehen (343 E 8/14)*. Der zum Schutz einer kriminellen Justizgewährleistung behauptete vorgebliche Austausch einer niemals vorgelegten Urschrift durch die aufgefundene scheinbeglaubigte Abschrift, mit einer Aktenblattbezifferung, die einen Austausch ganz einfach ausschließt, als angeblicher Urschriftersatz kann zeitlich auch nicht nachvollzogen werden.

Wegen der möglichen Rechtsbehelfe gegen rechtswidrige Zwangsvollstreckungen sind Verfahrensakten ohne Urschriften undenkbar!

Weil die Aufbewahrung der Urschriften in verbotenen Sammelordnern dadurch nicht mehr Bestandteil der Akten sind, "braucht sie kein Rechtsanwalt bei Akteneinsicht erhalten (Prof. Vogdt, König und Dr. Meyer am LG Oldenburg → 6 T 687/14)", selbst wenn er Zwangsvollstreckungsabwehr vorbereiten will! **Diese BRD-Volljuristen haben das in der Kenntnis verschickt, dass überhaupt keine Urschrift im Verfahren 4 O 2268/13 belegt ist.**





Deutschland

Arbeitskreis Verfassung und Justiz → Koordinationszentrale



Am LG Oldenburg z. B. werden Verfahrensakte ohne Urschriften seit über 10 Jahren geführt und verfälscht. Damit sind sämtliche darauf basierende Vollstreckungen ohne Rechtsgrundlage erfolgt und müssten schadensersatzpflichtig für mehr als 10 Jahre rückabgewickelt werden.

Gesamtschuldnerisch haften: Alle Richter, Rechtspfleger, Staatsanwälte, Gerichtsvollzieher, Polizisten, Behördenleiter und hinzutretende Behördenmitarbeiter, Rechtsanwälte!

Zitat Ende!

Anfang Dezember 2014 wurden zahlreiche leitende Persönlichkeiten des öffentlichen Unterdrückungsapparates in Friesland aufgefordert, der Bevölkerung bis zum 31.12.2014 mitzuteilen, **dass aufgrund der fehlenden Urschriften mindestens in den Akten des LG Oldenburg sämtliche darauf basierende Vollstreckungen ungültig waren und sind.**

Das gilt nicht nur für Zwangsvollstreckungen in Immobilien, Geldvermögen und andere Rechte, sondern auch für Durchsuchungsbeschlüsse, Beschlagnahmen, Beraubung der persönlichen Freiheit mit Bedrohungen, Nötigungen und Verhaftung.

Insbesondere wurde der Präsident des LG Oldenburg, der Präsident des OLG Oldenburg, der Leiter der StA Oldenburg, der Leiter der Zentralen Vollstreckungsstelle der OFD Hannover in Aurich und die Rechtsanwaltskammer in Oldenburg zur diesbezüglichen Bekanntgabe aufgefordert.

Nur der Präsident des LG Oldenburg hat mit seinen oben nur teilweise wiedergegebenen Lügen - s. Rechtsbankrott – versucht, ein besonders schweres Justizverbrechen in der Bundesrepublik wegzureden, obwohl ihm angekündigt war, dass ihn Deutsche Bürgerrechtler eventuell auch hilfreich bei der Verteidigung der Bürgerrechte unterstützen könnten.

Fehlende Urschriften in Gerichtsakten, die damit einer Kontrolle der Justiz durch die Öffentlichkeit und sogar durch beauftragte Rechtsanwälte bewusst entzogen werden, sind auch schon aus anderen Bundesländern und der deutschen Hauptstadt Berlin bekannt geworden!

Im Zusammenhang mit dem durch die Bundesrepublik aufgebauten zentralen Datenerfassungssystem über z. B. die Rentenkassen, elektronischen Gesundheitskarten, Bundeskasse für KFZ-Steuer, Zentrale Kontenerfassungsstellen, Zentrale Vollstreckungsstelle in Potsdam mit Hilfe des Zoll und nun einer Zollüberwachung des Mindestlohngesetzes bis in die privaten Haushalte hinein könnte nur eine rechtstaatskonforme, rechtstreue Justizgewährleistung noch Sicherheit für obrigkeitliche Übergriffe bieten. Und die gibt es in der Bundesrepublik unter keinem denkbaren Gesichtspunkt!

Ohne Volksaufbegehren ist also ein verlässlicher und effektiver Schutz nur noch nach Belieben in Einzelfällen zu erreichen. Das Aufbegehren der Völker in der Europäischen Union hat leider noch einen gemeinsamen Fehler:

Es entstand mehr oder weniger spontan, hat gleiche Ursachen, aber keine Zielvorgaben!



Deutschland

Arbeitskreis Verfassung und Justiz → Koordinationszentrale



Als Ursachen können jeweils massive Eingriffe in die Freiheit, die Hoheitsrechte, die Währung und die selbst gewollte Verwirklichung der Lebensgestaltung durch korrupte, parteiische Politiker, Juristen, Amtsinhaber, Finanzlobbyisten und Kriegstreiber entgegen dem Willen der Mehrheit des Volkes festgestellt werden, durch welche die Stimmen der Völker einfach in behaupteter Vertretung durch regelmäßig sogar Schwerekriminelle entwertet werden.

Die Völker Europas haben also ein gemeinsames Problem, dass alle nach dem gleichen Prinzip - und nur so - lösen könnten. Alle nach Freiheit strebenden Völker müssten sich selbst unverzüglich eine Verfassung entwerfen und dabei verhindern, dass ihre bisherigen Unterdrücker solche erneut zu deren eigenen Gunsten erstellen können. Bei logischer Betrachtung müssten sich die entworfenen Volksverfassungen stark ähneln und nur durch unterschiedliche Staatsformen – Republik, konstitutionelle Monarchie etc. – leicht variiert werden.

Verfassungen von oben sind immer gegen das Volk gerichtet gewesen.

Deshalb müssen alle bisher Privilegierten in allen Ländern der Erde bei einer angebotenen Zusammenarbeit überwacht werden, ob sie die bisher bevorzugenden Mechanismen eines vorliegenden Staatsrechtes erneut in den Entwurf einer modernen Verfassung einbringen wollen. Wenn das nicht verhindert werden kann, wird sich auch kein friedlicher Befreiungsschlag ohne Gewalt durchsetzen lassen.

Die hiermit vorgestellte <http://www.verfassungsinitiative.com> ruft zur gemeinsamen Entwicklung einer Verfassung für eine direktdemokratische neutrale Republik nach Schweizer Vorbild aus, die nicht nur durch das deutsche Volk in Deutschland, sondern auch angepasst durch jedes andere Volk in und um Europa herum selbst angenommen werden könnte.

Gewiss, es gibt auch schon andere Verfassungsinitiativen in Deutschland, die zur Konzeptentwicklung einbezogen werden konnten, jedoch bei keiner einzigen lässt sich erkennen, dass ein zugrundeliegender Staatsaufbau endlich mit allen gewollten Geburtsfehlern in der Kaiserzeit, in der Weimarer Republik, im Dritten Reich, in der DDR und der Bundesrepublik gleichzeitig aufräumen.

Rechtlosigkeit vor Gericht, Bevormundung durch die immer gleichen herrschenden Parteien in wechselnden Konstellationen als tatsächliche Einheitspartei, Freiheitsberaubungen, Enteignung durch rechtsgrundlagenlose Vollstreckungen, Zwangspsychiatisierungen, häufiger Kindesentzug, Ausspionierung durch Daten- und Bewegungskontrollen, Existenzängste durch Entzug der Lebensbedürfnisse auch mit hohen steuerlichen Belastungen auf Lebensmittel, Energieversorgung, Gesundheitsvorsorge und sonstige Grundbedürfnisse, Kriegstreiberei mit Waffenverkäufen, Ressourcenvernichtung und -ausverkauf, vielfache gleichartige, aber im einzelnen doch noch abweichende Gesetze in der Bundesrepublik und deren 15 Ländern sowie Berlin mit einem sagenhaft teuren Leerlauf durch Länderregierungen und Parlamente → können nicht mehr durch einzelne Begehren und Maßnahmen beseitigt werden.

Es muss jetzt deshalb alles gleichzeitig auf den Prüfstand, was nur die Bearbeitung einer zeitgemäßen Verfassung schaffen kann. Der Einstieg dazu wurde längst bekannt gegeben. Eine Mitarbeit und Hilfe sollte Bürgerpflicht sein. Nur das ganze Volk selbst kann sich mit seinen eigenen Stimmen erheben und sich die Befreiung durch den Entwurf und die Annahme einer eigenen Verfassung verschaffen. **Das ist universell völkerrechtlich garantiert und der einzig machbare Weg, wie sich ein Volk eine wirkliche Souveränität erobern kann. www.Verfassungsinitiative.com jetzt!**